

Genossenschaftliche Positionen zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2026

Energiepolitische Forderungen

Die nächste Landesregierung in Rheinland-Pfalz sollte dafür sorgen, dass Kommunen von der Energiewende profitieren, damit die Umsetzung gelingen kann. Genossenschaften sind die Partner der Kommunen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eine Finanzierung für die Energiewende zu stemmen. Wir fordern deshalb, dass der Ausbau erneuerbarer Energien auch politisch priorisiert wird und mehr Projekte, schneller umgesetzt werden. Die Rücknahme verbindlicher Klimaziele könnte Investitionssicherheit für Energiegenossenschaften dramatisch reduzieren.

Energiegenossenschaften fordern entschlossenes Handeln:

1. Bürgerenergiegesetz einführen

Es braucht die Einführung eines Bürgerenergiegesetzes mit verbindlicher Beteiligung und schnellen Genehmigungsverfahren in Rheinland-Pfalz. Kommunale Wärme- und Energieplanung öffnet die Tür für lokale Genossenschaftsprojekte und die Akzeptanz der Energiewende.

2. Windflächenziele erreichen

Es ist nötig, dass Windflächenziele dabei verbindlich und konsequent durch beschleunigte Verfahren verfolgt werden.

3. Solargesetz einführen

Schaffung eines Solargesetzes, das den Ausbau von PV auf Gebäuden und versiegelten Flächen beschleunigt und Energy-Sharing sowie Mieterstrommodelle ausdrücklich unterstützt.

4. Genossenschaftsförderung stärken

Projekte von Mieterinnen und Mietern und Nahwärme brauchen explizite Genossenschaftsförderung des Landes, um umgesetzt zu werden. Wärmenetze sind kapitalaufwendige Geschäftsmodelle für Genossenschaften, die Förderungen brauchen.

Kontakt:

Daniel Illerhaus, Abteilungsleiter Kommunikation, Marketing, Politik
T 0172-5252835, daniel.illerhaus@genoverband.de